



Für die Heimat

Artur Auernhammer



f 01/2022

www.artur-auernhammer.de

Sicherheit der Athleten in Peking gefordert

Wintersport hat eine große Bedeutung in Deutschland, besonders auch im Breitensport. „Breitensport ist gerade auch im Hinblick auf die Corona-Pandemie besonders wichtig. Es ist existenziell, dass die Menschen an die frische Luft kommen und sich bewegen können, um das Immunsystem zu stärken“, so Artur Auernhammer. „Für viele Freizeitsportler ist gerade der Leistungssport auch eine Motivation, selbst aktiv zu werden. Hier kommt den Olympischen Spielen eine besondere Bedeutung zu.“

Vor dem Start der Olympischen Spiele in Peking fordert der Abgeordnete Auernhammer, stellvertretendes Mitglied im Sportausschuss des Deutschen Bundestags, mehr Sicherheit der deutschen Sportlerinnen und Sportler. Die Athletinnen und Athleten wollen faire Wettkämpfe, ihren Sport präsentieren sowie die Zuschauer glücklich machen. Sie haben alle lange Zeit darauf hingearbeitet, ihren Sport



und Deutschland bei den Olympischen Spielen zu repräsentieren. Allerdings ist die Corona-Pandemie dabei eine große Herausforderung. Die Athleten und Betreuer sind höchst verunsichert. Corona-Tests könnten dazu verwendet werden, um die Wettkämpfe einseitig zu beeinflussen. PCR-Tests müssen jedoch sicher und fair sein.

Hierzu stellte der Bundestagsabgeordnete in einem Schreiben folgende Fragen an die Bundesregierung:

1. Wie kann die Sicherheit dieser Tests gewährleistet werden?
2. Welchen Einfluss kann Deutschland diesbezüglich auf den Veranstalter ausüben?
3. Kann die Welt-Anti-Doping-Agentur WADA eine neutrale Rolle übernehmen, neben Doping auch Corona zu überwachen?

„Die Olympischen Spiele dürfen kein Lotteriespiel für unsere Athleten werden. Die Sicherheit der Sportler muss gewährleistet sein,“ so Artur Auernhammer.

Wer baut, braucht Planungssicherheit und keinen Förderstopp über Nacht.



Bundesregierung stoppt Förderung für energieeffiziente Gebäude - Schlag ins Gesicht von Bauherren

Bericht, Seite 5

Ganztagsausbau: Druck der Union wirkt



Koalition verlängert Frist zum Mittelabruf bei Ganztagsbetreuung

Bericht, Seite 2

Koalition lenkt ab

Dass die SPD-Abgeordnete Ulrike Bahr mit der Frage, warum denn das Kanzleramt keinen Gesetzentwurf freigebe, der Union Untätigkeit vorwirft, lenkt nur vom eigenen Versagen ab. Das Verhalten der Neu-Koalitionäre ist nicht nachvollziehbar und wird der Sache nicht gerecht: Es war lange absehbar, dass viele Kommunen die ursprüngliche Frist zum 31. Dezember 2021 nicht einhalten können. Die von SPD, B90/Die Grünen und FDP zu verantwortende Verzögerung hat nicht nur dem Ausbau der Ganztagsbetreuung Schaden zugefügt, wenn Projekte vorsorglich mit Blick auf drohende Rückforderungen gestoppt worden sind. Auch wenn man diese Projekte jetzt möglicherweise wieder hochfahren kann, bleiben Mehraufwand und Verzögerung. Und es bleibt bei den Kommunen ein ungutes Gefühl, dass man auf den Bund als verlässlichen Partner künftig nicht mehr setzen kann. Wenn das Verhalten, das die Ampel-Koalitionäre jetzt an den Tag gelegt haben, die neue Form der angestrebten engeren Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist, lässt das für die Kommunen hinsichtlich Verlässlichkeit nichts Gutes erwarten. Kooperation bedeutet auch Führungsstärke.



Ganztagsausbau: Druck der Union wirkt!

Koalition verlängert Frist zum Mittelabruf bei Ganztagsbetreuung

Mitte November haben die Koalitionsfraktionen SPD, B90/Die Grünen und FDP noch einen Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Verlängerung der Abruffrist für Beschleunigungsmittel beim Ganztagsausbau im Grundschulalter unnötig auf das Abstellgleis geschoben. Jetzt folgte die Wende: Die Ampel-Fraktionen haben am 9. Dezember 2021 doch noch einen eigenen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung des Ganztagsfinanzierungsgesetzes und des Ganztagsfinanzhilfegesetzes vorgelegt, der auch vor Weihnachten noch abschließend behandelt werden konnte. Damit wurde die Frist zum Abruf der Beschleunigungsmittel nunmehr auf 31. Dezember 2022 verlängert. Man ist geneigt zu rufen „na also, es geht doch!“ Ende gut, alles gut? Nicht ganz! Kommunen brauchen Verlässlichkeit. Das hin und her der neuen Regierungskoalition hat zu Verunsicherung geführt, die nicht notwendig gewesen wäre, wenn alle Beteiligten an einer pragmatischen Lösungsfindung mitgewirkt hätten.



Auernhammer zum Obmann gewählt



Artur Auernhammer ist zum Obmann der CDU/CSU Fraktion im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft gewählt worden.

Die CDU/CSU Bundestagsfraktion wählte den direkt gewählten Abgeordneten aus dem Wahlkreis Ansbach in geheimer Wahl.

Die Obleute sind Schlüsselfiguren in den jeweiligen Ausschüssen, da sie in dieser Eigenschaft für ihre Fraktion maßgeblich an der Kursbestimmung beteiligt sind.

Außerdem sind sie Schlichtungsinstanz, wenn es bei Verhandlungen zwischen den Fraktionen zu Konflikten kommt.

Auernhammer ist nun Hauptansprechpartner für die CDU/CSU-Fraktionsgeschäftsführung, wenn es um das Thema Landwirtschaft geht.



Krisenfeste Innenstädte und Zentren - Bund unterstützt Kommunen bei der Entwicklung ihrer Innenstädte

238 Kommunen aus ganz Deutschland sollen bei der Entwicklung ihrer Innenstädte und Ortskerne über ein in diesem Jahr neu aufgelegtes Bundesprogramm gefördert werden. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hatte im Sommer die vorgesehenen Mittel für das Bundesprogramm auf 250 Mio. Euro erhöht.

Die Aufstockung ermöglicht eine breite Förderung für Städte und Gemeinden aller Größenklassen bundesweit. Bis spätestens 2025 müssen die Maßnahmen umgesetzt sein. Die positive Resonanz auf den Projektauftrag zeigt den großen Handlungsbedarf in den Innenstädten. Sie belegt das große Potenzial an guten Ansätzen und Ideen, die in vielen Städten vorhanden sind. Das Bundesprogramm soll eine Vielzahl von Projekten und guten Beispielen zur Entwicklung der Innenstädte und Ortskerne hervorbringen, die dann in Städten und Gemeinden unterschiedlicher Größe und Ausgangslage angewandt werden können.

Viele Städte und Gemeinden sind von tiefgreifenden Veränderungen in ihren Innenstädten, Stadt- und Ortsteilzentren betroffen. Das gilt vor allem für einen anhaltenden Strukturwandel im Einzelhandel. Aber auch andere Nutzungen im Tourismus und im Gastgewerbe, von Kultureinrichtungen oder in Kirchen, gewerbliche Nutzungen und die Wohnnutzung sind zum Teil in ihren jetzigen Angebots- und Betriebsformen nur noch gering gefragt oder nicht mehr tragfähig.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie beschleunigen diese strukturellen Entwicklungen zusätzlich und decken die drängenden Handlungsbedarfe auf. Es bedarf zum Teil

erheblicher funktionaler, städtebaulicher und immobilienwirtschaftlicher Anpassungen in den Innenstädten, Stadt- und Ortsteilzentren, um die generelle Funktion dieser Handlungsräume für die Gesamtstadt langfristig zu sichern. Neben den Herausforderungen bietet der anstehende Transformationsprozess aber auch vielfältige Chancen, die es zu erkennen und in gute Lösungen umzusetzen gilt.

Eine Neuorientierung von bislang stark einzelhandelsgeprägten Quartieren und Handlungsräumen hin zu neuen multifunktionalen Nutzungen mit einer Vielzahl von Akteuren eröffnet neue Möglichkeitsräume. Der Projektauftrag „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ sieht vor allem die Förderung konzeptioneller Maßnahmen vor, mit denen die Weichen für eine nachhaltige Innenstadt-, Zentren und Ortskernentwicklung gestellt werden und mit denen die aktuellen Problemlagen - vor allem durch die Auswirkungen der Corona Pandemie - nicht nur baulich-adhoc, sondern mit langfristiger Perspektive angegangen werden.

Um jedoch schnell mit kreativen Ideen und neuen Partnern auch akute Leerstände zu beheben, werden anteilig auch baulich-investive Maßnahmen unterstützt. Die zentralen Stadtbereiche sollen damit als lebendige und attraktive Orte für Handel, Gewerbe, Bildung, Kultur, Wohnen und Freizeit weiterentwickelt werden. Das Bundesprogramm flankiert die Bund-Länder-Städtebauförderung und die Innenstadtstrategie des Beirates Innenstadt beim BMI. Eine vollständige Liste aller Förderprojekte kann hier abgerufen werden:

[Zur Liste](#)



Fehlende Ampel-Agenda verunsichert Mobilitätsbranche - Widerspruch der Koalitionspartner bei E-Auto-Zielen

Die Ampel-Parteien streiten um die Umsetzung des Koalitionsziels von 15 Millionen E-Autos in Deutschland bis 2030. Nachdem der neue Bundesverkehrsminister Volker Wissing bereits kürzlich eine Kehrtwende hinsichtlich der Technologieoffenheit vollzogen hat, sorgen nun die Grünen für weitere Unklarheit: Diese betonen, dass im Koalitionsvertrag ein ‚klares Ziel von mindestens 15 Millionen vollelektrischen Pkw bis 2030 vereinbart‘ wurde. Ob nun auch Plug-In-Hybride oder tatsächlich nur vollelektrisch fahrende Pkw vom Koalitionsziel umfasst sind, lässt der zuständige Bundesverkehrsminister ebenso offen wie die Frage, wie bis 2030 15 Millionen vollelektrische Fahrzeuge auf die Straßen kommen sollen. Auch die zukünftige Rolle der klimaneutralen E-Fuels für Pkw wird schlichtweg nicht beantwortet.



Die Koalition trifft keine klare Aussage und Bundesminister Wissing trägt weder im Plenum noch im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages, den er bislang meidet, zu einer Klärung bei. Stattdessen widerspricht er nicht nur seinem Koalitionspartner, sondern auch sich selbst.

Die Union setzt sich dafür ein, zur Erreichung der Klimaziele im Verkehrssektor technologieoffen und verkehrsträgerübergreifend alle Antriebsarten zu fördern, die nachhaltig und sozialverträglich zu einem Erfolg beitragen können. Dieses Ziel darf die Ampel-Koalition nicht zugunsten grüner Ideologien aufgeben.



Rechnungshof zeigt Links-Gelb die rote Karte!

Allen Warnungen zum Trotz treibt die links-gelbe Regierung ihre Schuldenpläne unbeirrt voran: Im Januar hat das Scholz-Kabinett eine Vorlage von Finanzminister Lindner zum zweiten Nachtragshaushalt 2021 mit 60 Milliarden Euro neuen Schulden auf den Weg gebracht – und die links-gelbe Mehrheit im Haushaltsausschuss grünes Licht gegeben. Der Bundesrechnungshof hält die Schuldenpläne der Ampel für „verfassungsrechtlich zweifelhaft“ und empfiehlt die Ablehnung des Nachtragshaushalts. Links-Gelb scheint das jedoch egal zu sein.



Die Ampel versagt bei der Impfpflicht!

Kaum im Amt, hat Bundeskanzler Olaf Scholz schon mehrfach falsche Ankündigungen gemacht. Erst versprach er eine Impfquote von 80 Prozent bis zum 7. Januar. Dieses Ziel wurde genauso verfehlt wie er sein Versprechen nicht halten kann, eine Impfpflicht bis zum Februar einzuführen. Denn es zeigt sich: Die Ampel hat gar keine eigene Mehrheit für die Impfpflicht.

Dabei wäre es Aufgabe der Bundesregierung, hier Führung zu beweisen. Doch das Gegenteil ist der Fall! Auch Gesundheitsminister Karl Lauterbach versucht, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Der Bundesgesundheitsminister und die gesamte Bundesregierung haben den Auftrag und die Verantwortung, mit der Kompetenz in den Ministerien einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, der verfassungskonform und umsetzbar ist. Als Lauterbach für die Impfpflicht zu sein und als Minister nichts dafür zu tun, ist blanke Arbeitsverweigerung.



Gerade beim Ampel-Partner FDP gibt es keine Mehrheit für eine Impfpflicht. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Stefan Müller, findet dafür klare Worte: „Wolfgang Kubicki und etliche weitere FDP-Abgeordnete machen gerade Opposition gegen den Vorschlag, eine Impfpflicht einzuführen. Regieren heißt Verantwortung übernehmen und Mehrheiten für eigene Anliegen sicherstellen, nicht die Verantwortung auf die Opposition abschieben.“

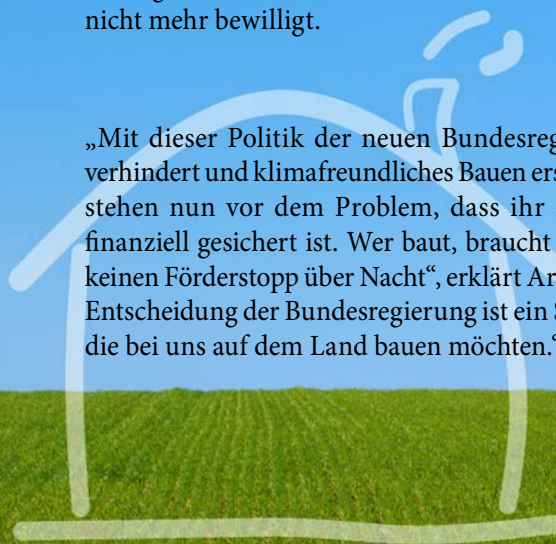


Bundesregierung stoppt Förderung für energieeffiziente Gebäude - Schlag ins Gesicht von Bauherren



Die Bundesregierung hat die Förderung für energieeffiziente Gebäude vorläufig gestoppt und eine grundlegende Reform angekündigt. Anträge von der staatlichen Förderbank KfW werden ab sofort nicht mehr bewilligt.

„Mit dieser Politik der neuen Bundesregierung wird Eigentum verhindert und klimafreundliches Bauen erschwert. Viele Bauherren stehen nun vor dem Problem, dass ihr Bauprojekt nicht mehr finanziell gesichert ist. Wer baut, braucht Planungssicherheit und keinen Förderstopp über Nacht“, erklärt Artur Auernhammer. „Die Entscheidung der Bundesregierung ist ein Schlag ins Gesicht derer, die bei uns auf dem Land bauen möchten.“

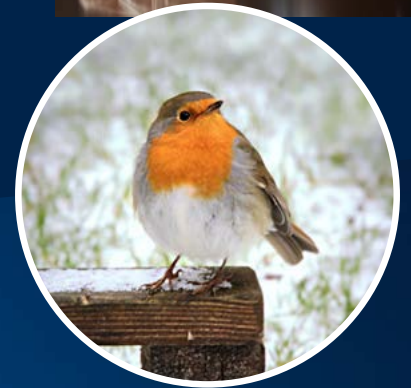


Resolutionen im Wahlkreis – Artur Auernhammer ist Erstunterzeichner

„Ansbach solidarisch aus der Krise“ und „Für Vernunft und Solidarität in der Corona-Pandemie“ sind die Namen zweier Resolutionen eines breiten Bündnisses von Menschen und Gruppierungen aus den Landkreisen Ansbach sowie Weißenburg-Gunzenhausen gegen Hass und Hetze auf den Demos gegen die Corona-Maßnahmen. Hintergrund sind Spaziergänge und Demonstrationen in der Region, die sich gegen die Corona-Maßnahmen richten. Bundestagsabgeordneter Artur Auernhammer gehört zu den Erstunterzeichnern der Erklärungen.

**Ansbach-
solidarisch**

**Erklärung für Vernunft und Solidarität
in der Corona-Pandemie im Landkreis
Weißenburg-Gunzenhausen**



Spenden statt Weihnachtskarten!



Die Corona Pandemie bescherte uns allen kein einfaches Jahr - besonders für Kinderschicksale Mittelfranken e.V. war und ist diese Zeit eine besondere Herausforderung. Dabei leisten die Ehrenamtlichen im Verein Großes: Sie kümmern sich um schwerstbehinderte Kinder und deren Eltern. Insbesondere sorgt man sich hier um Kinder mit Entwicklungsverzögerungen, Krankheiten, Behinderungen oder auch Autismus.

Artur Auernhammer unterstützt diese wertvolle ehrenamtliche Arbeit mit einem finanziellen Beitrag und entschloss sich daher im vergangenen Jahr, auf die Weihnachtspost zu verzichten. Den Betrag in Höhe von 1000 Euro überreichte er der 1. Vorsitzenden Cristine Wägemann und der 2. Vorsitzenden Nicole Otto in Form eines symbolischen Schecks.

So erreichen Sie mich in Berlin:

Deutscher Bundestag
Artur Auernhammer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030.227-78797
Artur.Auernhammer@bundestag.de

www.artur-auernhammer.de

Mehr unter   

**Reden von Artur Auernhammer
im Deutschen Bundestag**

Bundesministerium für Ernährung
und Landwirtschaft

CDU / CSU Fraktion im Deutschen
Bundestag

Bestellservice des Deutschen
Bundestages

Fotos: Tobias Koch, Pixabay, Adobe Stock-
photo und Privat